



Rot-Grün hat auch wegen der Inneren Sicherheit verloren

In den sieben Jahren seit der Wahl von Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin von NRW hat die rot-grüne Landesregierung die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter von 1100 auf zuletzt 2000 deutlich erhöht, die Polizisten mit neuen Schutzwesten ausgestattet und für eine bessere Verfolgung von Straftätern gesorgt, die Polizisten angreifen. Zum Ende waren selbst die zunächst stark gestiegenen Einbruchszahlen wieder gesunken. Genutzt hat das alles nichts. Denn der Absturz von SPD und Grünen bei der Landtagswahl am 14. Mai ist auch auf die Unzufriedenheit der Menschen bei der Inneren Sicherheit zurückzuführen.

Wie tief das Misstrauen gegenüber Rot-Grün war, zeigt eine am Wahlabend für die ARD durchgeführte Wählerbefragung von infratest dimap. Nur 34 Prozent aller Wahlberechtigten zeigten sich mit den Leistungen der Landesregierung bei der Kriminalitätsbekämpfung zufrieden. 63 Prozent waren nicht zufrieden. Bei der Frage, welche Partei sie in Zukunft besser vor Kriminalität schützen kann, nannten nur 23 Prozent die SPD, 48 Prozent dagegen die CDU. Nur bei der Bildungspolitik fiel die Kritik an Rot-Grün noch deutlicher aus.

Verunsichert hatte die Menschen nicht nur die Kölner Silvesternacht und der Fall Amri, sondern auch die Bedrohung durch die Alltagskriminalität und die Debatte um die No-Go-Areas. Auch wenn die Zahl der Straftaten in NRW in den vergangenen Jahren zum Teil gesunken ist, ist das Bedrohungsgefühl der Menschen gewachsen. Diese Stimmungslage war von Rot-Grün lange verdrängt worden. Zu lange hatten Nebenthemen wie die Forderungen der Grünen nach einer Einführung einer

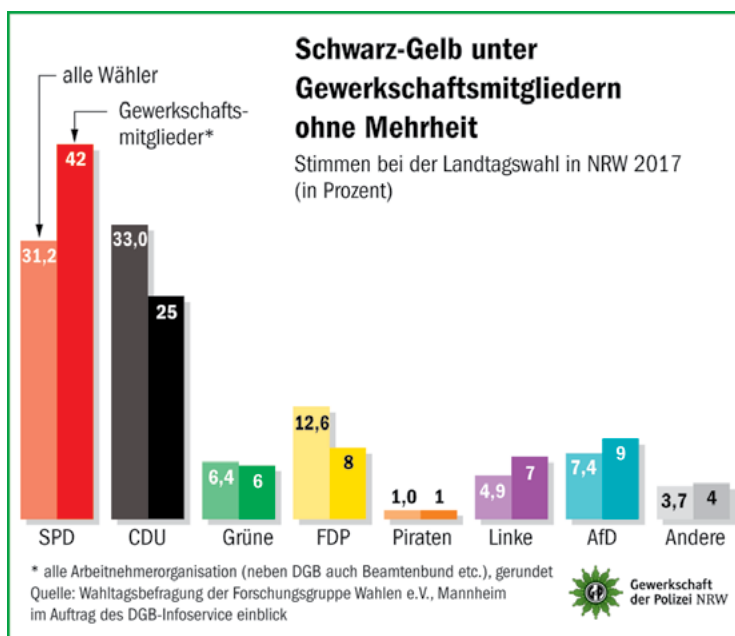
Kennzeichnungspflicht für die Einsatzhundertschaften und die Forderung nach einer Zusammenlegung der Polizeibehörden die öffentliche Debatte geprägt. Mit den realen

erhöht werden kann. In einem bereits vor der Wahl veröffentlichten, mehr als 20 Seiten starkem Positionspapier hat die GdP detaillierte Vorschläge für die einzelnen Handlungsfelder gemacht. Sie reichen von der Forderung, die Zahl der Neueinstellungen auf 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter zu erhöhen und die Polizeivollzugsbeamten durch 500 zusätzliche Tarifbeschäftigte zu entlasten, bis zur Stärkung der Kriminalpolizei.

Auch die Einführung der Schleierfahndung, ein besserer Informationsaustausch bei der Terrorbekämpfung und die Einführung des Wohnortprinzips bei der Verfolgung von Intensivstraftätern gehören aus Sicht der GdP ganz oben auf die Tagesordnung. Das gilt auch für die Modernisierung des Laufbahnrechts und die Erhöhung der Erschwerniszulagen.

Adressat der Forderungen ist in erster Linie die CDU. Sie stellt als klarer Wahlsieger den neuen Ministerpräsidenten. In welcher Regierungskonstellation, ob zusammen mit der FDP oder doch in einer Großen Koalition, stand bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht endgültig fest. Aber unabhängig von der Zusammensetzung der neuen Landesregierung

wird die GdP auch mit der FDP, der SPD und den Grünen Gespräche über die notwendigen Veränderungen im Bereich der Inneren Sicherheit aufnehmen, um für ihre Forderungen zu werben.



Bei den Landtagswahlen am 14. Mai haben CDU und FDP zusammen 45,6 Prozent aller Stimmen erhalten und stellen damit die Mehrheit im neuen Düsseldorfer Landtag. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern kommen beide Parteien hingegen nur auf 33 Prozent der Stimmen.

Ängsten und Sorgen der Menschen hatte das nichts zu tun.

Die GdP erwartet, dass sich die neue Landesregierung auf die Frage konzentriert, wie der Schutz der Menschen vor Straftätern nachhal-



Der Regierungswechsel bietet die Chance auf einen Neuanfang



CDU und FDP haben die Wahlen gewonnen. Sie haben den Auftrag, gemeinsam die neue Landesregierung zu bilden. Wenn sie es denn wollen. „Schwarz-Gelb – das hatten wir doch schon einmal!“, wird jetzt manch einer denken. Für viele ist diese Zeit nicht in guter Erinnerung geblieben! „Privat vor Staat“ hieß damals die Devise der Regierenden, Stellenabbau und Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten waren die Folge. Auch zum Schaden der Polizei. Und dennoch: Jeder Regierungswechsel bietet auch die Chance für einen Neuanfang.

Dabei hilft, dass sich viele Kernforderungen der GdP zur Stärkung der Inneren Sicherheit, die wir vor der Landtagswahl als Erwartung an die künftige Landesregierung aufgestellt haben, auch in den Wahlprogrammen von CDU und FDP wiederfinden. Das gilt für die Forderung der GdP nach mehr Personal und der Entlastung von polizeifremden Aufgaben ebenso wie für die verstärkte Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen und von Cyberkriminellen oder für den flächendeckenden Einsatz von Smartphones und Tablets im Streifenwagen, um nur einige Beispiele zu nennen. In anderen Fragen liegen wir dagegen weit auseinander. Das gilt zum Beispiel für die Forderung der CDU nach Wiederzulassung des mittleren Bildungsabschlusses als Eingangsqualifikation für die Polizei. Für den Schutz der Bürger bringt das nichts, weil wir die so gewonnenen Nachwuchspolizisten erst mühsam nachqualifizieren müssten, bevor sie ihre eigentliche Polizeiausbildung beginnen können. Deshalb ist es die Aufgabe der GdP, in Gesprächen mit der neuen Landesregierung darauf zu drängen, dass die notwendige Modernisierung der Polizei von sachlichen Notwendigkeiten geprägt ist und nicht von ideologischen Debatten.

Ideologische Debatten über die Innere Sicherheit gab es in den vergangenen Jahren mehr als genug. Sie haben die Polizei nicht nach vorne gebracht. Deshalb wird die GdP in den jetzt beginnenden Gesprächen mit der künftigen Landesregierung die Handlungsempfehlungen in den Vordergrund stellen, die dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen wirklich helfen.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Neue AZVOPol: Ein Schritt in die richtige Richtung – mehr nicht!

Nach langen Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Innenministerium ist die neue Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol) endlich unter Dach und Fach. Das Ergebnis ist ein komplett überarbeiteter Text, der auf den ersten Blick kaum noch mit dem bisherigen Regelwerk vergleichbar ist. Vor allem beim Schichtdienst kommt viel Neues auf die Kolleginnen und Kollegen zu. Trotzdem: Auch in der neuen AZVOPol bleiben wichtige Forderungen der GdP unerfüllt. Das gilt vor allem für die Forderung nach einer Absenkung der Wochenarbeitszeit, einer Faktorisierung der Nachtdienste, einer flächendeckenden Einführung von Langzeitkonten und einer Faktorisierung von Zeiten, die unter Verletzung der Schutzregeln der AZVOPol geleistet werden. Aber dazu fehlte dem Innenministerium der Mut. In anderen Fragen gibt es dagegen deutliche Fortschritte.

Zwei Ausgleichstage mehr

Ab 2018 gibt es statt bislang vier in Zukunft bis zu sechs Tage Dienstbefreiung pro Jahr für Schichtdienstleistende.

Wer wie viele Tage bekommt, richtet sich nicht mehr nach der Zahl der Nachtdienststunden, sondern danach, ob die Voraussetzungen für die Zah-

lung einer entsprechenden Erschwerungszulage (§ 20 EZuLV 2005) vorliegen. Einen Tag Dienstbefreiung gibt es künftig für zwei Monate Wechselschichtdienst, vier Monate Schichtdienst, drei Monate nicht durchgehenden aber überwiegenden Wechselschichtdienst sowie fünf Monate nicht durchgehenden aber überwiegenden Schichtdienst. Auf Initiative der GdP gibt es zudem auch weiterhin für Schichtdienstleistende mit vielen Nachtdienststunden einen vierten Tag Dienstbefreiung, wenn sie mindestens 450 Nachtdienststunden innerhalb eines Jahres geleistet haben.

Diese Änderungen im Detail sind nicht das Modell, das die GdP gefordert hat. Trotzdem sind zwei Ausgleichstage mehr im Jahr ein Schritt in die richtige Richtung.



Anerkennung von Rüstzeiten

Mit Inkrafttreten der neuen AZVOPol werden im Wechselschichtdienst zwölf Minuten Rüstzeit pro Schicht pauschal vergütet. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen, die die Gewerkschaften nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts NRW (OVG) vom 3. November vergangenen Jahres mit dem Innenministerium geführt haben. Im Gegenzug mussten alle Gewerkschaften zusagen, ihren Mitgliedern keinen Rechtsschutz mehr für gerichtliche Verfahren zu gewähren, die eine Vergütung für in der Vergangenheit liegende Rüstzeiten zum Ziel haben.

Kompromisse tun bekanntlich weh: Der Verzicht auf die weitere gerichtliche Verfolgung von Ansprüchen aus der Vergangenheit ist uns besonders schmerzlich gefallen. Trotzdem mussten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass das Urteil des OVG den Betroffenen keinen durchsetzbaren Anspruch auf eine klare Zeitgutschrift für die Rüstzeiten zuerkannt hat – auch wenn wir uns das immer anders gewünscht haben. Eine klare Regelung für die Zukunft ist deshalb mehr wert als die Aussicht auf noch mehr verlorene Jahre vor den Verwaltungsgerichten.

Rahmenbedingungen für Schichtdienstmodelle

Anders sieht die Situation bei der Neugestaltung der Schichtdienstmodelle aus: Die in §§ 18 und 19 festgelegten Rahmenbedingungen für die künftigen Schichtdienstmodelle der Polizei setzen wesentliche Forderungen der GdP um. Dazu gehört unter anderem, dass für die Schichtdienstmodelle vor Ort Dienstvereinbarungen abgeschlossen werden müssen. Für die Schichtfolge gibt es zudem klare Vorgaben: Sie müssen vorwärtsrotierend sein, können fünf bzw. maximal sieben Schichten in Folge umfassen und dürfen nicht mehr als vier Nachtschichten in Folge haben. Zudem gibt es einen Anspruch auf eine tägliche Ruhezeit von 11 und eine wöchentliche Ruhezeit von 24 plus 11 Stunden. Die dienstfreien Tage sind im Block zu gewäh-



ren und es gibt einen Anspruch auf zwei dienstfreie Sonntage in acht Wochen. Wichtig ist zudem, dass die Schichtdienstpläne in Zukunft mindestens sieben Tage im Voraus als verbindlich gelten.

Kaum Bewegung bei Rufbereitschaften

Für Rufbereitschaften bleibt es hingegen beim Grundsatz der Vergütung von 1:8. Verbesserungen gibt es hier nur im Detail: Bei der Heranziehung zum Dienst aus der Rufbereitschaft werden zukünftig auch die Wegzeiten vergütet. Der Anordnungszeitraum für Rufbereitschaften bleibt zudem auf eine Woche innerhalb von vier Wochen begrenzt. Mehr als vier Wochen in vier Monaten dürfen es in keinem Fall mehr sein.

Hier hätte es ausdrücklich mehr Verbesserungen geben müssen! Die GdP wird das Thema Rufbereitschaften deshalb weiter auf der politischen Agenda halten.

1:1-Abgeltung von Bereitschaftszeiten

Eine deutliche Verbesserung gibt es dagegen bei den Bereitschaftszeiten: Wenn Bereitschaft angeordnet ist, ist das in Zukunft auch Arbeitszeit. Was die Gerichte dem Dienstherrn bereits mehrfach ins Stammbuch geschrieben haben, steht jetzt auch in der AZVOPol!

Mehr Bürokratie bei der Mehrarbeit

Bei der Anordnung bzw. Genehmigung von Mehrarbeit wird es in Zukunft wohl komplizierter: Für die Anordnung oder Genehmigung sind zukünftig nicht mehr die unmittelbaren Vorgesetzten verantwortlich, sondern grundsätzlich die Behördenleiter, die die Entscheidung höchstens auf die Ebene der Abteilungsleiter bei den Landesoberbehörden bzw. auf die Direktionsleiter in den KPB übertragen können. Die Regelung soll ausdrücklich nach einem Jahr evaluiert werden, u. a. weil die GdP ihre Ablehnung damit begründet hat, dass dadurch unnötige Bürokratie entsteht.

Inkrafttreten der neuen AZVOPol

Als Ministerverordnung muss die AZVOPol nicht mehr durch das Kabinett oder durch den Landtag, sie muss lediglich im Ministerialblatt verkündet werden. Das ist am 11. Mai erfolgt. In Kraft tritt die neue Verordnung am 1. Juli. Ausgenommen davon ist die Neuregelung der Ausgleichstage für den Schichtdienst. Hierfür gilt noch bis zum Jahresende die alte Regelung aus § 8 a der bisherigen AZVOPol. Auch für die Anpassung von Schichtdienstmodellen gilt eine Übergangsfrist bis zum Ende des Jahres.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



GdP-Team punktet mit starken Inhalten

Steigende Studierendenzahlen bei der Polizei sind gut, weil nur so sichergestellt werden kann, dass nicht mehr Polizistinnen und Polizisten in Pension gehen als nachrücken. Mehr Studierende bedeuten aber auch, dass die Kapazitäten an der Fachhochschule, am LAFP und besonders in den für das Praktikum zuständigen Kooperationsbehörden mitwachsen müssen. Dafür will sich das Team um Max Rojahn und Johanna Schlüter, das für die GdP bei den Wahlen zur Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung antritt, einsetzen. Dazu hat das GdP-Team jetzt seine Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre vorgelegt:

- Bessere Arbeitsbedingungen im Praktikum: Von mehr Platz im Streifenwagen über die Ausstattung mit Schutzwesten bis hin zum PC-Arbeitsplatz für Praktikantinnen und Praktikanten auf der Wache oder im KK. Nur mit optimaler Ausstattung kann man auch gut lernen.

- Die Kapazitäten des LAFP müssen wachsen: Das praktische Training am LAFP ist ein echtes Highlight in der Ausbildung. Damit das auch bei immer mehr Auszubildenden weiter so bleibt, muss die Ausstattung mitwachsen. Das bedeutet mehr Funk-

will, muss auch auf dem Gelände des LAFP übernachten können. Das schont nicht nur den Geldbeutel, sondern stärkt auch den kursübergreifenden Zusammenhalt.

- Die Tauschbörse noch besser machen: Mit einer webbasierten Plattform und einer App wollen wir noch mehr Kolleginnen und Kollegen jedes Jahr die Möglichkeit geben, in ihre Wunschbehörde zu kommen.

Liste 1

Tu es für Dich!
6. - 9. Juni ist JAV-Wahl

streifenwagen, Crash-Fahrzeuge, Führungs- und Einsatzmittel, Tatortwohnungen und Rollenspiele, in die möglichst viele möglichst oft aktiv eingebunden werden können.

- Alternativen zu überbelegtem Wohnen und Pendeln im Studium: Wer

Wählen gehen hilft

Damit diese Ziele auch durchgesetzt werden können, braucht die GdP ein starkes Mandat in der JAV. Ob vorab per Briefwahl oder vom 6. bis 9. Juni persönlich – am Ende kommt es darauf an, dass möglichst viele der über 5200 Studierenden und Auszubildenden bei der Polizei NRW zur Wahl gehen und ihr Kreuz bei der GdP machen.

Mehr Infos, auch zu den Standorten und Öffnungszeiten der Wahllokale gibt's unter www.gdp-nrw.de

Berlin, Dortmund und jetzt?

Durch den Anschlag von Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt in Berlin, bei dem zwölf Menschen den Tod fanden und 56 teils schwer verletzt wurden, ist uns allen noch einmal dramatisch vor Augen geführt worden, dass Deutschland Anschlagziel ist und klar im Fokus des islamistischen Terrorismus steht. Durch den Anschlag auf den Mannschaftsbus des BVB 09 in Dortmund im April ist diese Gewissheit noch einmal verstärkt worden – auch wenn sich im Nachhinein nach derzeitigen Erkenntnissen der Verdacht eines Terroranschlags nicht bestätigt hat. Aber letztendlich machte das für die Polizei keinen Unterschied. Die Einsatzbewältigung und die Ermittlungen liefen ab wie bei einem Terroranschlag.

Welche Herausforderungen und Belastungen durch die Terrorismusgefahr auf die Polizei und die Sicherheitsbehörden in NRW und Deutsch-

land zukommen, diese Frage möchte die GdP auf ihrem diesjährigen Kriminalforum am 29. Juni in Düsseldorf unter die Lupe nehmen.

Experten aus der Polizei sowohl aus NRW als auch aus unserem Nachbarland Belgien und aus der Wissenschaft werden dort über die Architektur der Sicherheitsbehörden berichten, sie analysieren und bewerten. Unser Blickwinkel richtet sich dabei nicht nur auf NRW oder Deutschland. Wir möchten auch erfahren, wie unsere belgischen Nachbarn, die in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls Opfer islamistischer Anschläge waren, aufgestellt sind und dem Terror entgegengetreten.

Dazu versuchen wir derzeit, einen Kollegen zu gewinnen, der uns die belgische Sicherheitsarchitektur vorstellt. Der Direktor des LKA NRW, Uwe Jacob, wird uns Struktur, Zuständigkeiten und Strategie der Ter-

rorbekämpfung in NRW und Deutschland erläutern. Dieter Keil, Leiter der Direktion Gefahrenabwehr und Einsatz in Dortmund, berichtet über den Ablauf des Einsatzes nach dem vermeintlichen Terroranschlag in Dortmund. Aber wir wollen auch über den Tellerrand schauen und unser System von Polizei und Sicherheitsbehörden wissenschaftlich analysieren lassen. Diesen Part wird Herr Prof. Dr. Kretschmer von der Uni Gießen übernehmen, der für die Landesregierung das Gutachten in Sachen Amri erstellt hat.

Wolfgang Spies, im Geschäftsführenden Landesvorstand für Kriminalpolitik zuständig, und der Landesvorsitzende Arnold Plickert werden die Sichtweise und die Forderungen der GdP formulieren.

Für das Forum steht nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmerplätzen zur Verfügung.



So viele Angriffe wie noch nie

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in NRW erneut deutlich gestiegen, auf 8955 Fälle. Das ist ein An-

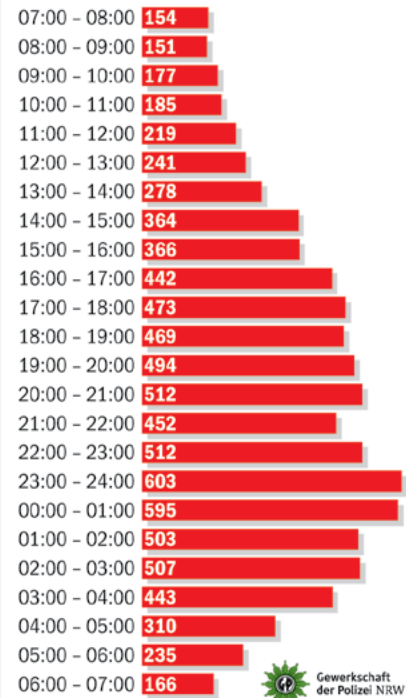
des LKA für 2016 hervor. Das Ausmaß der Gewalt gegenüber der Polizei war damit im vergangenen Jahr noch einmal höher, als das die im März veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bereits gezeigt hat (Deutsche Polizei 4/2017).

Gegenüber der WAZ betonte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert, dass der deutliche Anstieg der Angriffe vor allem auf das „dramatische Ausmaß an Respektlosigkeit gegenüber der Polizei“ zurückzuführen ist, „der inzwischen in einem Teil der Gesellschaft zu beobachten ist“. Wie gering die Respektlosigkeit gegenüber der Polizei in diesem Teil der Bevölkerung inzwischen ist, zeigt sich auch daran, dass 73 Prozent der Angreifer bereits vorher polizeilich in Erscheinung getreten sind. „Die Kollegen haben es immer wieder mit den gleichen Tätern zu tun. Wenn wir nicht endlich schneller und härter Sanktionen ergreifen, macht sich der Rechtsstaat irgendwann lächerlich“, warnte Plickert.

Positiv bewertet die GdP hingegen, dass Angriffe auf Polizisten in Zukunft unter einen eigenen Strafrechtsparagrafen fallen. Damit können auch Angriffe sanktioniert werden, die sich unabhängig von der Vollstreckungshandlung ereignen. Auf eine Initiative aus NRW hin sollen zudem Taten, bei denen Polizisten oder Rettungssanitäter angegriffen werden, in Zukunft von den Gerichten strafverschärfend geahndet werden. In der Vergangenheit war das oft genau andersrum. Trotzdem sieht die GdP die Politik weiter in der Pflicht. „Wir können nicht nachvollziehen, dass der Einsatz

Vor allem am späten Abend und nachts

Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in NRW 2016



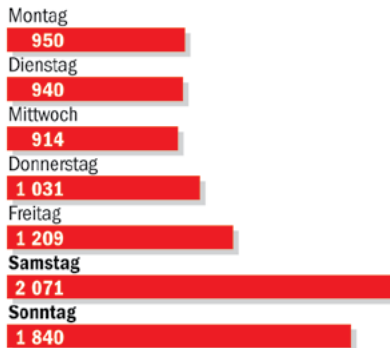
Quelle: LKA, Lagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte 2016, ohne Fälle mit fehlender zeitlicher Zuordnung

Je später der Abend, umso häufiger werden Polizistinnen und Polizisten angegriffen. Das hängt auch mit dem dann oft steigenden Alkohol- und Drogenkonsum zusammen.

von Bodycams in NRW zunächst nur probeweise in fünf Behörden erfolgen soll, statt sie flächendeckend einzuführen“, kritisiert Plickert.

Häufig am Wochenende

Angriffe auf die Polizistinnen und Polizisten in NRW an den verschiedenen Wochentagen 2016



Quelle: LKA, Lagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte 2016

Im vergangenen Jahr hat es in NRW 8955 Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten gegeben. Das sind noch einmal 14 Prozent mehr als 2015. Vor allem an den Wochenenden kommt es häufig zu gewalttätigen Angriffen auf die Polizei.

stieg von 14 Prozent – trotz der 2015 bereits sehr hohen Fallzahlen. Nimmt man die Zahl der dabei angegriffenen Kolleginnen und Kollegen in den Blick, lag der Zuwachs sogar noch höher. Sie stieg um 20,4 Prozent auf 16 710 angegriffene Beamte. Das geht aus dem Ende April bekannt gewordenen Lagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte

Verkehrsdatenspeicherung – Neue Regelung erschwert Arbeit

Der 29. Juli 2017 ist ein Datum, das bei der Verfolgung bestimmter Straftaten noch lange in Erinnerung bleiben wird. An diesem Tag treten die neuen Speicherfristen gemäß § 96 Telekommunikationsgesetz (TKG) endgültig in Kraft. Vier Wochen dürfen dann Standortdaten von den Telekommunikationsanbietern noch gespeichert werden. Für die polizeiliche Arbeit ein viel zu kurzer Zeitraum. Die Verkehrs-

daten dürfen ab dem 1. Juli nur noch zehn Wochen gespeichert werden. Damit werden viele Daten, die für die polizeiliche Ermittlungsarbeit dringend benötigt werden, unwiderruflich verloren gehen, bevor sie genutzt werden können.

Aber dies ist nicht die einzige nachteilige Folge der Änderungen, die durch das „Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspei-

cherfrist für Verkehrsdaten“ eingeführt wurde. So wurde u. a. der § 100 g StPO (Erhebung von Verkehrsdaten) so verändert, dass Verkehrsdaten gemäß § 113 TKG bei Funkzellenanfragen wegen bestimmter Delikte gar nicht mehr übermittelt werden dürfen. So sind zum Beispiel bandenmäßiger Betrug, Bandendiebstahl und Wohnungseinbruchsdiebstahl nicht im Katalog des Paragraph 100 g Abs. 2 Satz 2 enthalten.



Die Erhebung von Verkehrsdaten und die auf dieser Grundlage erstellten Bewegungsbilder sind für die strafrechtlichen Ermittlungen häufig wichtige Beweismittel. So haben zum Beispiel erst die so erhobenen Informationen dazu geführt, die sechs Mitglieder der sogenannten Einzeltrickbande zu ermitteln, die jetzt vor dem Wuppertaler Landgericht zu Haftstrafen zwischen drei Jahren und drei Monaten und bis zu neun Jahren und drei Monaten verurteilt wurden. Dieser Erfolg ist in Zukunft so nicht mehr möglich, da die seinerzeit genutzten Mittel rechtlich nicht mehr zulässig wären.

Die GdP fordert deshalb, den Katalog des § 100 g Abs. 2 Satz 2 StPO an den des § 100 a Abs. 2 StPO anzugleichen. Im Übrigen sollten beide Straftatenkataloge um alle Formen des Bandendiebstahls und des

Wohnungseinbruchsdiebstahls erweitert und die Speicherfristen für Verkehrs- und Standortdaten auf sechs Monate verlängert werden.

Zumindest hinsichtlich des Wohnungseinbruchsdiebstahls beabsichtigt die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesänderung.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4.6. Günther Schouren, Willich
- 19.6. Ingeborg Kaesler, Hagen
- 20.6. Wilhelm Knode, Engelskirchen
- 23.6. Klaus Hasenwinkel, Bochum
Edith Hermes, Bochum

91. Geburtstag

- 14.6. Wilhelmine Weidenhaupt, Eschweiler
- 21.6. Anneliese Heck, Nümbrecht
- 22.6. Anneliese Hänsel, Hagen
- 25.6. Wilhelm Gouders, Aachen
- 30.6. Paul Engel, Steinfurt

92. Geburtstag

- 7.6. Margareta Au, Bonn
- 10.6. Walter Dobrzewski, Anklam
- 13.6. Günter Lorenz, Wuppertal
- 18.6. Hansdieter Spalding, Münster
- 19.6. Hildegard Luschka, Kreuztal
- 21.6. Magda Bildat, Gelsenkirchen
Ida Pawlowski, Duisburg

93. Geburtstag

- 1.6. Manfred Vetter, Düsseldorf
- 2.6. Wolfgang Schuster, Kamen
- 7.6. Hermann Hestermann, Hilden
- 12.6. Kurt Kulbatzki, Gelsenkirchen
- 15.6. Hildegard Neumann, Oer-Erkenschwick

- 22.6. Luise Dusen, Nettetal
- 24.6. Hildegard Heibert, Wolfschlugen
- 28.6. Rudolf Eichler, Euskirchen

94. Geburtstag

- 25.6. Elisabeth Appelbaum, Gütersloh
- 27.6. Ruth Wittfeld, Gelsenkirchen

95. Geburtstag

- 10.6. Irene Jung, Bochum
- 16.6. Maria Baum, Brühl
- 17.6. Alfred Müller, Gummersbach
- 19.6. Magda Wilmsen, Aachen
- 20.6. Margarete von der Ahe, Borchen
- 30.6. Helga Jez, Gevelsberg

96. Geburtstag

- 19.6. Karl Wippermann, Detmold
- 24.6. Karl Hamacher, Aachen

97. Geburtstag

- 24.6. Elli Willuweit, Detmold

99. Geburtstag

- 2.6. Willi Heppener, Düren

103. Geburtstag

- 19.6. Wilhelm Reuter, Dortmund

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe
ist der 6. Juni 2017.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de





Auf zwei Rädern durch Vietnam

15-tägige Aktivreise

12.11. bis 25./26.11.2017

Eingeschlossene Leistungen:

- Rail & Fly in der 2. Klasse
- Flug von Frankfurt nach Hanoi und zurück von Ho Chi Minh Stadt
- Inlandsflüge Hanoi nach Hue und Da Nang nach Ho Chi Minh Stadt
- 12 Übernachtungen in Hotels der Mittelklasse in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
 - 13x Frühstück, 6x Mittagessen und 5x Abendessen
- Rundreise im Kleinbus mit Klimaanlage, Trinkwasser und Fahrradanhänger
 - 11 geführte Fahrradetappen / Fahrradmiete
 - Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
 - örtliche, deutschsprechende Reiseleitung

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 2.795,-

Gut zu wissen:

Die Reise wird mit maximal 18 Personen durchgeführt. Es besteht die Möglichkeit die Fahrradetappen zu unterbrechen und in das Begeleitfahrzeug umzusteigen.

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



GdP-Familientag 2017 – Auf ins Abenteuerland!



GdP - Familientag
16.07.2017

Euch erwartet:

- GdP - Sonderpreis*
- Eine BBQ - Meile (ein Mittagessen inkl. 2,00 Softgetränk + eine Eis für Kinder bis 130€ inkl.)
- Die FORT FUN Rallye mit tollen Preisen für die Gewinner
- Kinderschminken (12.00 Uhr - 13.00 Uhr)
- großer GdP - Stand

* GdP Sonderpreis 18,00 € p.P. statt 28,00 €. Nur gültig am 16.07.2017 bei Vorlage des GdP-Coupons an der GdP-Kasse im FORT FUN Abenteuerland. Die Coupons sind ab Anfang Juni über die örtlichen Kreisgruppen erhältlich.

Mein Refer: 0211 / 29 10 112

Vorstand: Gewerkschaft der Polizei, Landratsamt NRW, AG, IV



Gewerkschaft der Polizei NRW

Einen tollen Tag verspricht die GdP auch in diesem Jahr beim Familientag am 16. Juli im Fort Fun Abenteuerland im Sauerland. Zum Sonderpreis von 18,00 Euro pro Person können GdP-Mitglieder mit ihrer Familie, Freunden und Kollegen alle Attraktionen des beliebten Abenteuerlands genießen. Ungezwungen die Rodelbahn hinabsausen, fröhliche Erfrischung im Rio Grande erleben oder frei wie ein Vogel im Wild Eagle durch die Lüfte gleiten. Auch bei schlechterem Wetter bietet das Fort Fun L.A.B.S. – das neue Indoor-Center – für Groß und Klein eine Menge Spaß und Abwechslung. Neben dem traditionellen GdP-Stand wartet auf unsere Mitglieder auch wieder eine eigene BBQ-Meile, wo sich die Besucher des Familientags in netter Atmosphäre und bei leckerem Essen fern ab vom Alltagsstress mit ihren Kolleginnen und Kollegen und ihren Freunden treffen können. Spannend wird es auch bei der „GdP Fort Fun Rallye“. Wer viel weiß und gut aufpasst, kann

am Ende einen der tollen Preise gewinnen. Wer einmal als Löwe oder Pirat durch den Park laufen möchte, ist bei unserem Kinderschminken goldrichtig. Von 12:00 bis 15:00 Uhr hat jedes Kind die Möglichkeit, sich in seine Wunschfigur zu verwandeln. Egal ob groß oder klein, Familie oder Clique, für jeden ist am GdP-Familientag etwas dabei. „Mitmachen und Spaß haben“ lautet an dem Tag das Motto!

Mehr Infos: Abteilung Mitgliederbetreuung, Tel.: 02 11/2 91 01 12

GdP aktiv

8.6., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Autobahnpolizei Düsseldorf, 14:00 Uhr, Liegenschaft Hilden, Aula, Zum Forsthaus 16, 40724 Hilden

11.6., 3. Familientag der Kreisgruppe Kleve, 11:00–17:00 Uhr, Irland – Die Bauernhof-Erlebnisoase, Villa V6, Am Scheidweg 1, Kevelaer. Freier Eintritt für GdP-Mitglieder und deren Begleitung, Grillgut kann mitgebracht

werden, Beilagen und Getränke frei

30.6., Sommerparty der Kreisgruppe Köln, ab 21:00 Uhr, Club Location „Die Kantine“, Neusser Landstraße 2, 50735 Köln, Weitere Infos: www.gdp-koeln.de

31.3.–30.9., GdP-Sommer-Special im Movie Park Germany, 22,00 Euro pro Person gegen Vorlage des GdP-Ausweises für bis zu fünf Personen

Glücksnummern des Monats

- 45 4744
- Sibylle Tischler, Herford
- 45 4910
- Meinolf Rügenbrink, Paderborn
- 45 4991
- Sigrid Bode, Aachen
- 45 4998
- Anne Falkenhagen, Bergisches Land

Die Gewinner im Juni erhalten eine GdP-USB-Card.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

7. Juni, 14:00 Uhr, Seniorentreffen, Restaurant Strepp, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Euskirchen

13. Juni, Seniorenausflug, nach Engeln über Mendig nach Andernach, Abfahrtszeiten 9:00 Uhr, Schleiden Bushaltestelle Höddelbusch, 9:30 Uhr, Fa. Schäfer, Mechernich, 10:00 Uhr, Kreisverwaltung Euskirchen, Kosten inkl. Eintritt und Mittagessen 37,00 Euro, Anmeldung bei Heinz Dederichs, Telefon 0 24 47/91 11 40, Email dederichs.heinz@t-online.de oder Franz-Josef Birnbaum, Telefon 0 26 97/2 89, E-Mail f-j.birnbaum@t-online.de

Kreisgruppe Heinsberg

22. Juni, 15:00 Uhr, Jahresausflug, Vorbereitung der Landesseniorenkonferenz, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Unna

28. Juni, 15:00 Uhr, Grillnachmittag, Buxtorfhaus, Perthesstr. 8, 59173 Kamen, Anmeldungen über Alfred Weber, Telefon 0 23 07/27 93 92, alf.bar@t-online.de oder über die Kreisgruppe Unna

Nachrufe

Peter Buchenthal	17.04.1945	KG Aachen	Maria Hinzen	15.07.1925	KG Heinsberg
Michael Finken	09.05.1963	KG Aachen	Joachim Meier	13.06.1958	KG Höxter
Kurt Lutz	19.07.1920	KG Bergisches Land	Ingrid Roberg	09.08.1941	KG Märkischer Kreis
Therese Ochsenbauer	14.11.1920	KG Bergisches Land	Hans-Peter Weber	10.06.1959	KG Mettmann
Hans-Werner Vogt	02.04.1952	KG Dortmund	Friedel Lyon	09.04.1950	KG Mönchengladbach
Lilli Merten	15.03.1929	KG Essen/Mülheim	Lothar Dion	23.02.1930	KG Wesel
Michael Reinke	27.12.1957	KG Gelsenkirchen	Egon Steudner	04.08.1924	KG Wesel
Herbert Pieper	30.06.1933	KG Recklinghausen			

